



Zehn Jahre Netanyahu

Festhalten an Israel, am Konflikt und an der Macht

DAHLIA SCHEINDLIN
März 2017

- Benjamin Netanyahus politischer Erfolg beruht auf der öffentlichen Wahrnehmung einer unmittelbaren existenziellen Bedrohung Israels. Schürt er selbst mit seiner »Schwarz-Weiß-Sicht« auf die Welt und seiner Wagenburgmentalität die Ängste der Israelis? Oder nutzt er diese nur für seine Ziele aus?
- Mit dem Argument der Gefährdung der existenziellen Sicherheit des Landes rechtfertigt Netanyahu eine Zuspitzung des israelisch-palästinensischen Konflikts, die als Stagnation ausgegeben wird. In den letzten zwei Legislaturperioden als Ministerpräsident fixierte er sich auf den Iran und lenkte damit von den politischen Defiziten bei der Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts ab.
- Netanyahu hat einen klaren Kurs hin zur freien Marktwirtschaft eingeschlagen. Dies führte zu einigen respektablen makroökonomischen Erfolgen, allerdings auf Kosten der Gesellschaft, die heute sozial und ökonomisch tief gespalten ist.
- Seit seiner Wiederwahl 2015 konzentriert Netanyahu Macht und Ämter in seinen Händen. Er führte seine früheren Versuche, die israelische Zivilgesellschaft zu schwächen, weiter fort und nahm dabei gezielt die Presse, seine ideologischen Gegner_innen in den Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sowie die arabisch-palästinensische Minderheit im Land ins Visier.
- Um den zunehmenden Nationalismus und die Erosion der Demokratie im Land zu zähmen, sollte Israel konkrete Schritte in Richtung Konfliktlösung unternehmen, Mechanismen zur Re-Regulierung und Kontrolle der Marktwirtschaft einführen sowie die Angriffe auf die unabhängige Zivilgesellschaft, oppositionelle Gruppen und Minderheiten einstellen.



Inhalt

1. Einführung	3
2. Außen- und Sicherheitspolitik: Die Suche nach der existenziellen Bedrohung.....	4
3. Sozial- und Wirtschaftspolitik	7
4. Die Zivilgesellschaft: Spaltung und Kontrolle.....	10
5. Zusammenfassung.....	14
Literatur	16

1. Einführung

Vier Mal wurde Benjamin Netanyahu zum Ministerpräsidenten Israels gewählt;¹ seit fast zehn Jahren ist er durchgehend im Amt. Nur David Ben-Gurion stand länger an der Spitze der israelischen Regierung. Netanyahu hat das Land vermutlich ebenso stark geprägt wie er.

Netanyahu ist umstritten. Seine Kritiker_innen werfen ihm vor, das einzige eindeutige Merkmal seiner Politik sei ein zynischer Opportunismus, während seine Unterstützer_innen ihn als den besten Verteidiger für ein Land sehen, das von feindlichen Nachbarn umgeben und in seiner Existenz ständig bedroht sei. Auf beiden Seiten ist man sich jedoch weitgehend einig, dass er der einzige hochrangige Politiker Israels ist, der relevante Führungsqualitäten aufweist.

Die folgenden Ausführungen sollen belegen, dass es Netanyahu keineswegs an Visionen mangelt. Tatsächlich nimmt er eine klare ideologische Haltung in Fragen der Sicherheit und Außenpolitik, der nationalen Wirtschaftspolitik und zunehmend auch zur israelischen Zivilgesellschaft ein. Mit seinen Positionen verschärft er die Polarisierung im Land, um sie dann wirksam für seine Ziele einzusetzen. Netanyahus Politik wird in Israel tiefe Spuren hinterlassen. Wie sich das Land weiter verändern könnte, zeichnet sich bereits heute ab.

Das außen- und sicherheitspolitische Vermächtnis Netanyahus ist geprägt von der Überzeugung, Israel führe einen Kampf ums Überleben – eine Ansicht, die von vielen Israelis geteilt wird. Diese Idee beherrschte seine auf den Stopp der iranischen Nuklearambitionen fixierte Außenpolitik in den Jahren 2009 bis 2015 und drängte das andere große sicherheitspolitische Thema des Landes – den israelisch-palästinensischen Konflikt – zunehmend in den Hintergrund. In der Israel-Palästina-Frage agiert der Ministerpräsident eher mit taktischem Konfliktmanagement, als dass er echte Versuche unternähme, eine Einigung herbeizuführen. Die theoretisch angestrebte Zweistaatenlösung wird durch die israelische Praxis in der Westbank und Gaza unterlaufen; die Realisierung dieser Option ist dadurch zunehmend unwahrscheinlicher.

Netanyahus wirtschaftspolitische Ziele zeichneten sich bereits in seiner Zeit als Finanzminister ab.² An ihnen hält er auch als Ministerpräsident fest. Auf seiner Agenda stehen nach wie vor die Privatisierung staatlicher Betriebe, Subventionen und Steuererleichterungen für Unternehmen, Haushaltskürzungen und Schuldenabbau. Netanyahus Regierungen konnten stets starke makroökonomische Indikatoren vorweisen, wenngleich diese von massiver sozioökonomischer Ungleichheit, rapide steigenden Grundstücks- und Immobilienpreisen sowie hohen Lebenshaltungskosten begleitet werden. Vor allem Letztere führten in der Vergangenheit zeitweise zu massiven Protesten, die mittlerweile jedoch wieder abgeebbt sind. Netanyahu glaubt nicht nur an den freien Markt, sondern implizit – und manchmal auch explizit – daran, dass es keinen Zusammenhang zwischen der Entwicklung der israelischen Wirtschaft und dem israelisch-palästinensischen Konflikt und seinen Kosten geben müsse.

Netanyahus Beziehung zur israelischen Gesellschaft ist angespannt. Er nutzt die gesellschaftliche Polarisierung und populistische Themen als Rechtfertigung für die Rolle des harten Politikers, die er für sich konstruiert hat. Dafür wurde er von Anfang an sowohl von den Medien als auch von der Zivilgesellschaft immer wieder kritisiert. In seiner zweiten Amtszeit vertiefte er – direkt und indirekt – die sozialen Gräben. Der politische Streit wird oft zulasten der arabischen Bürger_innen Israels geführt, die heute zwar materiell besser dastehen als früher, sich in ihrem Zugehörigkeitsgefühl jedoch massiv bedroht sehen. Überdies reagierte Netanyahu in den letzten Jahren zunehmend mit Restriktionen auf die Kritik der israelischen Zivilgesellschaft. Persönlich oder durch seine politischen Partner_innen übt er Druck auf die Medien, NGOs, Minderheiten, Oppositionelle und die Linke aus. Unter seiner Führung ist Israel zu einem Land mit einer immer stärker zentralisierten Macht der Exekutive über eine zunehmend gesplante Gesellschaft geworden.

Die Tatsache, dass Netanyahu wiederholt Wahlen gewinnen und Koalitionen bilden konnte, zeigt, dass sich die israelische Gesellschaft in ihren grundlegenden Überzeugungen mehrheitlich in ihm wiederfindet. Dies nicht zuletzt deshalb, weil er diese Überzeugungen durch seine zwanzigjährige Präsenz auf der na-

1. 1996–1999, 2009–2013, 2013–2015, 2015 bis heute.

2. Netanyahu war von 2003–2005 Finanzminister.

tionalen Bühne selbst mit hervorgebracht hat. Zwar begegnet man seiner Haltung auch mit Skepsis, doch viele teilen seine Ansicht, dass Israel in einen Kampf der Jüdinnen und Juden gegen eine ihnen feindlich gesinnte Welt verstrickt sei, in der lebensbejahende Zionist_innen radikalislamischen, todeswilligen Fanatiker_innen gegenüberstünden und zugleich einen wichtigen Krieg gegen die subversiven Feinde im Inneren führen müssten.

Die israelische Gesellschaft ist heute nationalistischer und die Zivilgesellschaft stärker bedroht als in der Vergangenheit. Nach wie vor herrscht Meinungs-, Rede-, Versammlungs- und Religionsfreiheit im Land, doch Netanyahus Führung zeigt, dass diese Werte weder sakrosankt noch absolut sind. Dauerhaft stärken lassen sie sich nur, wenn einige seiner Maßnahmen zukünftig zurückgenommen werden.

2. Außen- und Sicherheitspolitik: Die Suche nach der existenziellen Bedrohung

Netanyahu als Beschützer Israels vor dem Iran

Von Anfang an präsentierte sich der Politiker Netanyahu als Verteidiger Israels gegen die existenzielle Bedrohung der Nation. Während seines Mandats als UN-Botschafter in den 1980er-Jahren lebte das Land nur mit einem einzigen arabischen Nachbarn im – damals soeben geschlossenen – Frieden. Alle anderen Staaten schienen bloß auf eine Gelegenheit zu warten, Israel zu überfallen. Zunächst stellte Syrien, anschließend der Irak die größte konventionelle Bedrohung dar. Der nachrevolutionäre Iran stand für wütende muslimische Horden, denen es nur nach israelischem (und amerikanischem) Blut dürstete. Aus Jordanien drohte die Gefahr einer Invasion aus dem Osten und Saudi-Arabien war ohnehin der Todfeind.

Die Realität spiegelt diese empirische Basis für Netanyahus Weltbild längst nicht mehr wider. Bereits 1994, zwei Jahre bevor Netanyahu Ministerpräsident wurde, verständigten sich Israel und Jordanien auf ein Friedensabkommen. Seit seiner Rückkehr ins Amt 2009 kollabierte sowohl der irakische als auch der syrische Staat. Saudi-Arabien agiert seit Langem als amerikanischer Bündnispartner in der Region und stellt keine aktive Bedrohung für Israel mehr dar.

Dagegen errang der Iran als potenzielle Nuklearmacht eine starke Stellung in der Region und Netanyahu hat sich nachdrücklich dem Stopp des iranischen Atomprogramms verschrieben. Manche Kommentator_innen betonen, dass erst seine wiederholte Drohung mit einem einseitigen Militärschlag zu internationalem Eingreifen geführt habe – zunächst in Form drastischer Sanktionen, dann 2015 durch das P5+1-Rahmenabkommen über eine signifikante Verzögerung der Nuklearkapazität (Eldar 2015). Netanyahu gab sich angesichts dieser Vereinbarung entrüstet; allerdings hatte er die Israelis zu diesem Zeitpunkt ohnehin bereits davon überzeugt, dass der Iran sie vernichten wolle und er der einzige Regierungschef wäre, der sich im Interesse des Überlebens seines Landes gegen die internationale Gemeinschaft stelle.

Netanyahu als Bewahrer des palästinensisch-israelischen Konflikts und der Besatzung

Nicht nur den Iran, auch den israelisch-palästinensischen Konflikt bezeichnet Netanyahu als existenzielle Bedrohung für sein Land. Dabei stellen die Palästinenser_innen, so die Argumentation des Ministerpräsidenten, sowohl lokal als auch global eine Gefahr für Israel dar. Auf lokaler Ebene sieht er in ihnen bereitwillige Israelhasser_innen, die zu Feindseligkeiten und Gewalt aufgehetzt werden und vor allem im Ausland versuchen, die Legitimität des Staates Israel zu unterminieren. Auf globaler Ebene, insbesondere seit dem Zusammenbruch der arabischen Regime Anfang 2011 sowie der Welle islamistischen Terrors im Westen, präsentiert er sie zunehmend im Kontext gewalttätiger Jihadist_innen und nihilistischer Todeskulte wie dem IS. In seiner Außenpolitik unterstreicht er dementsprechend die Bedeutung Israels als westliches Bollwerk gegen ein islamisches Armageddon.

Palästinensische Gewalt hat für Netanyahu nichts mit der israelischen Politik zu tun, sondern ist Folge des inhärenten Hasses, den der Islam auf Jüdinnen und Juden, Israel und den Westen empfinde. Er geht davon aus, dass der Westen die Besatzung duldet, um das Bündnis mit Israel gegen den bösen Nahen Osten nicht zu gefährden. Insofern verweist er auf den Nahen Osten auch als Rechtfertigung für die Aufrechterhaltung seiner Kontrolle über die Palästinenser_innen.

In früheren Regierungsperioden führte Netanyahu noch halbherzige und vorhersehbar zum Scheitern verurteilte

Verhandlungen mit ihnen. Mittlerweile hat Israel seine Einflusszone durch die Fortsetzung der – oft durch die Erweiterung bestehender Siedlungen betriebenen – Siedlungspolitik in der Westbank in den strategischen Gebieten zwischen den israelischen Enklaven und der Grünen Linie ausgedehnt, hat Infrastrukturnetze ausgebaut und sie durch die Anerkennung von Institutionen wie der Ariel-Universität (einem ehemaligen College) sowie die Verstärkung militärischer Kontrolle in Zone C gefestigt. Im UN-Bericht nach dem Gaza-Krieg von 2014 heißt es, Israel übe nach wie vor »effiziente Kontrolle« über die meisten Grenzübergänge, Importe, Exporte, Reisen, Fischgründe sowie die Kommunikation über Radio, Fernsehen, Telefon, Internet und Mobilfunk aus (UNHCR 2015).

Netanyahu schreibt seine Politik des Konfliktmanagements – im Gegensatz zu einer Konfliktlösung – nicht zuletzt deshalb fort, weil es politisch hilfreich ist. Seinen Koalitionen gehören meistens Parteien an, die noch weiter rechts stehen als er selbst und sich offen gegen einen palästinensischen Staat aussprechen. Dazu kommen Parteien der Mitte, die einen solchen Staat eher theoretisch als praktisch befürworten. Entsprechend ist der diplomatische Prozess festgefahren bzw. gescheitert. Nichts hat sich in der Palästinapolitik geändert, die Gewaltspirale dreht sich ungebremst weiter und die Palästinenser_innen sind immer noch staatenlos. Das ist die tatsächliche Bedeutung des Status quo, der für die Israelis in doppelter Hinsicht relevante Folgen hat.

Zum einen wird die Zweistaatenlösung zunehmend unwahrscheinlicher, da die israelische Politik die Trennung zwischen Gaza und der Westbank vertieft und darüber hinaus die Gebietseinheit der palästinensischen Ländereien im Westjordanland weiter zerstört. Die palästinensische Führung ist derweil zwischen Hamas und Fatah gespalten, wobei beide Seiten massive Führungsschwächen und Legitimitätsverluste aufweisen. Der Verfall der palästinensischen Führung wiederum bedeutet, dass die Chancen für Verhandlungen zunehmend schwinden. Viele, die ein Friedensabkommen für dringend nötig halten, befürchten mittlerweile, dass es eine Vereinbarung über einen auf der Existenz von zwei Staaten basierenden Status letztlich nicht mehr geben wird. Sie warnen vor einer bevorstehenden De-facto-Annexion der Westbank durch Israel – wodurch entweder ein von Ungleichheit geprägter oder ein auf dem »one person, one vote«-Prinzip basierender bina-

tionaler Staat geschaffen würde, der dann formal kein jüdischer Staat mehr wäre.

Andere diskutieren einen neuen politischen Rahmen, beispielsweise ein föderales System, in dem eine israelische und eine palästinensische Gebietseinheit ein loses politisches Bündnis bilden würden. Beide würden – wo erforderlich – bestimmte Befugnisse teilen, beispielsweise bei der Koordination der Sicherheit oder der Verwaltung von natürlichen Ressourcen, und im Vergleich zu heute mehr Mobilität über die Grenzen zulassen. In einem solchen Modell könnten sich die jeweiligen nationalen Gruppen auch im Gebiet der jeweils anderen Gruppe niederlassen, das Wahlrecht jedoch im Land ihrer Herkunft ausüben. Die Befürworter_innen einer solchen innovativen diplomatischen Lösung sind jedoch eine Minderheit. Tatsächlich glauben immer mehr Israelis, dass es »keine Lösung« gebe.

Zum anderen hat sich Israel dem Kreislauf regelmäßiger Gewaltausbrüche angepasst. Nach der Operation »Gegossenes Blei« von Ende 2008 bis Anfang 2009 gab es zwei weitere Gazakriege (2012 und 2014) sowie nach dem Krieg von 2014 eine Welle überwiegend individueller Gewalttaten, die Ende 2015 zunächst stärker wurde, um sich 2016 wieder abzuschwächen. Dennoch gehen die Israelis davon aus, dass man nichts tun könne; daher haben sie aufgegeben, eine andere Politik zu fordern.

Die außenpolitischen Folgen

Nicht selten wird Netanyahu für sein scheinbar unbesonnenes Verhalten gegenüber den engsten internationalen Verbündeten des Landes heftig kritisiert. Die Rede des israelischen Ministerpräsidenten vor dem amerikanischen Kongress gegen das Nuklearabkommen mit dem Iran verärgerte den dabei völlig übergangenen US-Präsidenten Obama. Die Siedlungen und die Zunahme der Gewalt empören nach wie vor Europa. Die strategisch wichtige Partnerschaft mit der Türkei wurde praktisch auf dem Altar der Palästinafrage geopfert: Der Flotilla-Zwischenfall 2010 brachte die Beziehungen beider Länder an einen historischen Tiefpunkt.

Die internationale Position Israels scheint tatsächlich geschwächt. Europa protestiert mit ganz konkreten Maßnahmen gegen die Siedlungspolitik, beispielweise mit den 2013 verabschiedeten EU-Leitlinien, denen zufolge

sich Organisationen, die in den jüdischen Siedlungen tätig sind, nicht für eine Förderung durch die EU bewerben dürfen, oder der Kennzeichnungsrichtlinie für Produkte aus den israelischen Siedlungen in der Westbank aus dem Jahr 2015 (EEAS 2015). Bundeskanzlerin Merkel sprach sich offen gegen den Siedlungsneubau aus und die Bundesrepublik stimmte 2012 in der UN nicht gegen den Antrag, den Palästinenser_innen einen »Beobachterstatus« bei den Vereinten Nationen zu gewähren, sondern enthielt sich lediglich der Stimme (Neukirch 2014).

Dennoch sind – trotz deutlicher Kritik – die militärischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Israel stabil. Frühere Versuche der USA, die Zweistaatenlösung voranzutreiben, wurden nicht weiter verfolgt und nach den gescheiterten Verhandlungen unter der Leitung von US-Außenminister John Kerry schließlich ganz eingestellt. Im September 2016 genehmigte die Regierung Obama ein über zehn Jahre laufendes Militärhilfeabkommen mit einem Volumen von 38 Milliarden US-Dollar – das größte Abkommen dieser Art, das jemals geschlossen wurde. Israel erwirbt weiterhin technisch ausgereifte U-Boote aus Deutschland, laut Presseberichten zum Vorzugspreis von zwei Milliarden US-Dollar pro Stück (Times of Israel 2016). 2016 ergriff Frankreich ein weiteres Mal die Initiative, die Zweistaatenlösung wieder ins Gespräch zu bringen, ließ jedoch offen, ob das Scheitern dieser Bemühungen politische Konsequenzen haben würde.

Auch in die israelisch-türkischen Beziehungen ist wieder Bewegung gekommen. Ein – vor allem aufgrund des gemeinsamen Interesses an der Förderung der Erdgasreserven im Mittelmeer erzielt – Abkommen zeigt, dass die Verbündeten Israels da, wo es sich für das Land lohnt, tatsächlich Druck ausüben können, damit sich die Palästinapolitik ändert. Erst kürzlich traf Ex-General Anwar Eshki, ein saudischer Amtsträger, anlässlich eines Israelbesuchs offizielle Vertreter_innen des Landes, vermutlich um für die Arabische Friedensinitiative von 2002 zu werben. Es handelte sich dabei zwar nicht um einen Staatsbesuch, doch die Visite gab Anlass zu Spekulationen über ein Auftauen der Beziehungen zwischen den Nationen.

An ihre Grenzen stoßen diese positiven Ansätze auf höchster Ebene letztlich wegen der öffentlichen Meinung: In Europa, und zunehmend auch in den USA, sind

die Menschen nicht länger damit einverstanden, dass ihre Regierungen einen Bündnispartner hätscheln, der behauptet, demokratisch zu sein, und gleichzeitig seine Besatzungspolitik fortführt (BBC 2014). US-Senator Bernie Sanders verurteilte als Präsidentschaftskandidat 2016 die Besatzung und forderte mehr Unterstützung für die Palästinenser_innen als sonst in den USA üblich. Er reflektiert damit die wachsende Kluft, welche die amerikanische Öffentlichkeit in dieser Frage trennt (Telhami 2015). An US-Colleges sind anti-israelische Aktionen nicht mehr zu übersehen, und auch in Europa werden Boykottaufrufe laut.

Kompensation der Spannungen

Vielleicht in Erwartung schwindender Unterstützung – oder um seine Unabhängigkeit von den westlichen Bündnispartnern zu demonstrieren – pflegt Netanyahu verstärkt die israelischen Beziehungen zu anderen Regionen. Im späten Frühjahr 2016 machte er sich auf eine ambitionierte Afrikareise, um Kontakte zu vertiefen und bestehende Verträge und Märkte auszubauen. Er bemüht sich vorsichtig um die sensible Beziehung zum ägyptischen Staatschef al-Sisi und richtet seinen Blick auf potenzielle Zukunftsmärkte in Lateinamerika. In jüngerer Zeit knüpfte Israel auch engere Kontakte zu Aserbaidschan und Russland. Ein Beobachter bezeichnet insbesondere die Verbindung zu Russland als »Sicherheit« gegenüber weiterem Druck seitens der EU, was vermutlich auch auf die anderen Regionen zutrifft (Rosen 2016).

Schlussfolgerungen

Die zentralen Ziele der israelischen Außenpolitik unter Netanyahu werden von einer Stimmung des Überlebenswillens bestimmt. Dadurch verlagerte sich der Fokus auf den Iran und das Festhalten am Status quo in der Palästinafrage wird gerechtfertigt. Zwar sind die Bündnispartner Israels über diese Politik nicht glücklich, doch der Ministerpräsident baut auf praktische wirtschaftliche und militärische Interessen, die zur Aufrechterhaltung der bestehenden Allianzen beitragen. Gleichzeitig bemüht er sich um eine Diversifizierung der Bündnis- und Handelspartner des Landes. Eine erfolgreiche Kombination dieser Strategien könnte es Israel erlauben, eine Kursänderung in der Palästinafrage endlos hinauszuzögern; es sei denn, die internationalen Akteure

entscheiden sich für eine drastische Kehrtwendung hin zu nachhaltigem Druck, dem sich Israel letztlich nicht widersetzen kann.

3. Sozial- und Wirtschaftspolitik

Historisch gesehen ist das sozialdemokratische Ethos in Israel immer noch ausgeprägter als in den USA, doch Netanyahu ist ein klarer Bewunderer des amerikanischen Systems. In den späten 1970er- und während der 1980er-Jahre verabschiedete sich das Land von der sozialistischen Planwirtschaft und ging zur freien Marktwirtschaft über. Diese Entwicklung begann zwar vor Netanyahus Zeit, doch trieb er den Prozess in der langen Zeit, in der er – vor allem im Amt des Finanzministers – Einfluß auf die israelische Wirtschaft hatte, maßgeblich voran.

Unmittelbar nach seinem Amtsantritt reduzierte sich die Steuerquote; mittlerweile liegen die israelischen Steuersätze deutlich unter dem OECD-Durchschnitt (Chernichovsky und Weiss 2015). Der Staat reduzierte entsprechend die Ausgaben für soziale Leistungen und auch die Erhöhungen des (ohnehin großen) Sicherheitsetats fallen heute geringer aus als in der Vergangenheit. Netanyahu ist ein Freund des Bürokratieabbaus zur Förderung von Unternehmensgründungen und -expansionen. Zudem setzte er eine leichte Senkung der Gewerbesteuer durch.

Mit Netanyahu an der Spitze der Regierung weist Israel positive makroökonomische Indikatoren auf. Das Land blieb von der globalen Finanzkrise 2008 – die vor Netanyahus Ministerpräsidentenschaft begann – weitgehend verschont und konnte, trotz des globalen Wirtschaftskollapses, fast durchgängig positives Wachstum erzielen (*Trading Economics*). Daten der *Bank of Israel* belegen, dass die offizielle Erwerbslosenrate während seiner Amtszeit von 7,5 Prozent im Jahr 2011 auf nur noch 5,2 Prozent im März 2016 zurückging. Die *Calcalist Financial News Website* meldet ein Haushaltsdefizit von unter drei Prozent. Die Verteidigungsausgaben liegen offiziell bei etwa 16 Prozent des Staatshaushalts, mithin deutlich unter den Zahlen früherer Dekaden.

Israels Wirtschaft weist dennoch eine gewisse Instabilität auf. Die israelische Zentralbank verzeichnet eine besorgniserregende Verlangsamung des Wachstums. Einige Ökonom_innen befürchten sogar eine Rezession. Eine unmittelbare Katastrophe scheint jedoch nicht zu drohen.

Die Folgen für die Bevölkerung

Für die durchschnittlichen Israelis bedeuten positive makroökonomische Indikatoren allerdings wenig: Für sie ist das Leben schlicht zu teuer. Ein überproportional hoher Anteil der israelischen Bevölkerung lebt in Armut. Erhebungen israelischer Think-Tanks wie des *Taub Center* und des *Adva Center* belegen, dass die Realeinkommen seit zehn bis fünfzehn Jahren stagnieren oder sogar fallen. Die Durchschnittseinkommen können mit den drastisch steigenden Immobilienpreisen nicht mehr mithalten – ein großes Problem für Mieter_innen, Eigentümer_innen sowie potenzielle Eigentümer_innen. Wenn die Menschen immer mehr für das Wohnen bezahlen müssen, haben sie weniger Geld für andere Ausgaben zur Verfügung.

Insgesamt haben die kombinierten Effekte langfristiger Veränderungen der israelischen Wirtschaft und die Beschleunigung dieser Trends unter Netanyahu zu einer der am stärksten von Ungleichheit geprägten Ökonomien in den Industriestaaten geführt (Bassok 2012). Dies geht zum Teil darauf zurück, dass das viel gepriesene Wirtschaftswachstum nur von einigen wenigen Sektoren – High-Tech und Engineering – getrieben wird und die Erwerbstätigkeitsquote der arabischen und ultraorthodoxen Bevölkerungsgruppen unterdurchschnittlich ist – ein deutlicher Hinweis auf die sozialen Probleme Israels.

Die israelische Wirtschaft ist von einer hohen Eigentumskonzentration gekennzeichnet, was traditionell und trotz der Bemühungen des Ministerpräsidenten um mehr Wettbewerb ein generell hohes Preisniveau bedeutet. Zwar verabschiedete die Regierung 2013 ein Gesetz zur Förderung der Dezentralisierung der Märkte und zwang die größten Staatsbetriebe, schrittweise Anteile zu verkaufen, doch dies änderte nur geringfügig etwas an der Konzentration des Unternehmensbesitzes im Land (Bahar 2016).

Auch Steuersenkungen bringen vielen Erwerbstätigen – namentlich denen, die weniger als das steuerpflichtige Einkommen verdienen – keine Erleichterung. Daten des *Taub Center* aus dem Jahr 2015 belegen, dass etwa die Hälfte aller Erwerbstätigen mit ihren Einkommen unterhalb dieser Schwelle liegt. Derweil stimmte Netanyahu einer Erhöhung der Mehrwertsteuer zu – bei der es sich ja um eine Einheitssteuer handelt –, von 15,5 Prozent zu

Beginn seiner Amtszeit auf aktuell 17 Prozent, nachdem der Satz zwischenzeitlich bereits bei 18 Prozent gelegen hatte. Von der Reduzierung von 18 auf 17 Prozent spürten die Verbraucher_innen jedoch praktisch nichts, da die Händler_innen die Differenz selbst einbehielten.

Netanyahus aggressiver Einsatz für Steuergeschenke und ein Zurücknehmen des Staates im Interesse der Förderung der Wirtschaft – mit dem Ziel des Wachstums um jeden Preis –, war einst vielleicht ein notwendiges Korrektiv, um den Übergang aus einer wettbewerbsarmen Planwirtschaft in das heutige Wirtschaftssystem zu schaffen. Mittlerweile dürften diese Maßnahmen jedoch ihren Zweck erfüllt haben, sodass vielen Israelis Netanyahus Politik in diesem Bereich heute übertrieben erscheint.

Ein Aufschrei

Die Spannungen zwischen erfolgreichen makroökonomischen Indikatoren und den Schwierigkeiten, mit denen die Bürger_innen des Landes zu kämpfen haben, führten 2011 – nicht zuletzt mit ausgelöst durch ein starkes Gefühl der Ungerechtigkeit – zu massiven sozialen Protesten gegen die gravierende Ungleichheit im Land, vor allem gegen den »Neoliberalismus« und für eine »Rückkehr zum Sozialstaat«.

Netanyahu reagierte darauf mit der Einrichtung einer Sonderkommission unter dem Vorsitz des renommierten Ökonomen Manuel Trajtenberg, der einen Bericht mit umfassenden sozialen und wirtschaftlichen Empfehlungen für zahlreiche Sektoren vorlegte, darunter Bildung, Gesundheit, Wohnen und Verbraucherpreise. Mit Ausnahme einiger weniger Maßnahmen, die alles in allem nicht ausreichten, um die große Mehrheit der Israelis zu erreichen, setzte die Regierung diese Empfehlungen jedoch nicht um.³ Die Versprechen und Programme zur Senkung der Wohnungskosten liefen beispielsweise angesichts weiter steigender Immobilienpreise völlig ins Leere.

Die einzige signifikante Erleichterung für die Verbraucher_innen in jüngerer Zeit war die Zerschlagung des

Kartells der drei Unternehmen, welche die Mobilfunkbranche dominierten. Hier konnten tatsächlich alle Israelis von deutlichen Kostensenkungen profitieren. Allerdings hatte dieser, vom damaligen Likud-Minister Moshe Kachlon auf den Weg gebrachte Prozess bereits vor den sozialen Protesten eingesetzt. Der von der Shas-Partei gestellte Kommunikationsminister hatte Mitte der 2000er-Jahre erste Maßnahmen zur Öffnung des extrem kontrollierten und von überhöhten Preisen gekennzeichneten Mobilfunkmarktes ergriffen, also lange vor Netanyahus Amtsantritt. Andere Beispiele für seit 2012 erreichte positive Veränderungen für die Bürger_innen des Landes gibt es nicht.

Die sozialen Proteste stellen somit eine Wende dar, wenn auch nicht für das Wohlergehen der israelischen Gesellschaft, so doch für Netanyahus Verständnis von der spezifischen Beziehung zwischen dem Ministerpräsidenten und der Öffentlichkeit. Er nahm zur Kenntnis, dass die größten Aufstände, die es in Israel zu ökonomischen Fragen je gegeben hatte, nach 2011 quasi kampflos endeten. Seitdem genügten kosmetische Veränderungen und die Ablenkung durch das Thema Sicherheit, um weiteren Protesten den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Alleinige Kontrolle

Netanyahu setzte sich nicht nur in der Auseinandersetzung mit der Öffentlichkeit durch, er gewann auch zwei weitere Wahlen. Seine trotz der genannten Probleme errungenen politischen Siege ermutigten ihn letztlich, an seiner Politik festzuhalten, ohne sich um irgendeine Kritik an seiner Vision zu kümmern. Manche beschreiben sein Verhalten als zunehmend zentralistisch und entfremdet – nicht nur mit Blick auf die Wirtschaftspolitik, sondern generell. In seiner vierten Amtszeit als Ministerpräsident bekleidet Netanyahu mehrere weitere Ministerposten. Unter anderem übernahm er 2015 auch das Amt des Wirtschaftsministers.⁴

Das prägnanteste Beispiel für Netanyahus Politikstil seit 2015 ist der Versuch der Durchsetzung eines wichtigen Abkommens mit dem amerikanisch-israelischen Energiekonglomerat der Konzerne *Noble Energy* und *Delek Group* über den Abbau, die Aufbereitung und den Ver-

3. Unabhängige Untersuchungen durch NGOs zeigen, dass auf der Grundlage dieser Empfehlungen zwar mehrere Regierungsentscheidungen getroffen, diese jedoch überwiegend nicht umgesetzt wurden. Im Mai 2016 waren etwa 60 Prozent teilweise oder gar nicht implementiert (Center for Citizens' Empowerment 2016).

4. Seit den Wahlen 2015 hatte er zu verschiedenen Zeiten folgende Ämter inne: Auswärtige Angelegenheiten, Regionale Kooperation, Kommunikation, Gesundheit und Wirtschaft.

kauf der vor der israelischen Küste entdeckten Erdgasvorkommen. Die Entdeckung dieser Vorkommen gilt als ein Glücksfall, der die Kassen des Landes füllen soll.

Um das Abkommen durchzusetzen, nutzte Netanyahu eine bis dato nie angewandte Klausel, mit der das israelische Wettbewerbsrecht ausgehebelt werden kann. Von vielen wurde dies als Begünstigung der beteiligten Unternehmen kritisiert. Arie Deri, der von der Shas gestellte Wirtschaftsminister, trat infolge dieses Vorpreschens des Ministerpräsidenten unter Protest zurück, woraufhin sich dieser selbst an die Spitze des zuständigen Ministeriums setzte. Auch der Leiter der israelischen Kartellbehörde David Gilo gab sein Amt ab. Netanyahu verteidigte das Abkommen unter Verweis auf die Einnahmen, die künftig generiert würden; die Anwendung der umstrittenen Klausel rechtfertigte er mit Hinweis auf die nationale Sicherheit.

Der im Verfahren angerufene Oberste Gerichtshof des Landes entschied gegen das Gas-Abkommen, jedoch unter Verweis auf einen anderen Passus der Vereinbarung, den die Regierung binnen eines Jahres korrigieren müsse. Andernfalls würden die Richter_innen den Vertrag für ungültig erklären. Der Fall zeigt, dass Netanyahu aktuell eher bereit ist, Gegner_innen seiner Initiativen zum Rückzug (oder Rücktritt) zu provozieren, als sich mit Kritik auseinanderzusetzen. Ein ähnliches Beispiel ist die Verabschiedung eines Zweijahreshaushalts durch die Regierung, ebenfalls auf sein Drängen hin. Dies komme, so Vertreter_innen der Zivilgesellschaft, einer Beschneidung der parlamentarischen Aufsicht über die Staatsausgaben gleich. Beide Fälle demonstrieren Netanyahus Entschlossenheit, sich in Fragen der Wirtschaft jeglicher Kontrolle seines Regierungshandelns zu entziehen.

Kalkulation mit dem Konflikt

Das eigentliche ökonomische Problem Israels ist der israelisch-palästinensische Konflikt. Die Sicherheitserfordernisse und die wachsende Armee sowie die Rechts- und Infrastrukturkosten der militärischen Besatzung stellen für die Wirtschaft eine reale Belastung dar. Die Verteidigungsausgaben machen nach wie vor einen höheren Anteil des Haushalts aus als in den meisten anderen westlichen Nationen. Für Baumaßnahmen, Infrastruktur und private Sicherheit in den besetzten Gebieten und Siedlungen werden große Summen aufgewendet. Orga-

nisationen, die sich mit Regierungsausgaben befassen, darunter das *Adva Center* und das *Macro Center*, haben nachgewiesen, dass die höchsten Pro-Kopf-Investitionen im Jahresvergleich auf die Siedlungen entfallen, wodurch sich die strukturelle Ungleichheit im Land weiter verschärft. Dies ist allerdings keine Erfindung Netanyahus: Die vom *Macro Center* erhobenen Daten zeigen, dass dieser Trend schon seit Langem zu beobachten ist.

Die Besatzungspolitik hat auch drastische Konsequenzen für die palästinensische Wirtschaft. Für Palästinenser_innen gibt es kaum Beschäftigungsmöglichkeiten in Israel. Seit der zweiten Intifada wurden weitaus weniger Arbeitserlaubnisse erteilt als zuvor und gültige Papiere werden nach Anschlägen oft in großer Zahl eingezogen. Dies trägt zur Unterbeschäftigung sowie zu einer schwachen Wirtschaft bei und schürt gleichzeitig die Wut gegen Israel.

Theoretisch stellt das Boykottpotenzial des Westens eine weitere wirtschaftliche Belastung dar. Tatsächlich haben einige europäische Unternehmen begonnen, sich aus Investitionen oder Holdings in Israel zurückzuziehen, ohne diese Entscheidung offen als Teil der Desinvestitionskampagne auszugeben. Vereinzelt äußern israelische Unternehmer_innen immer wieder entsprechende Sorgen. Netanyahu versucht unterdessen, neue Märkte zu erschließen. Mit großem Aufwand wendet er sich – vermutlich um das Risiko zu mindern – verstärkt den BRIC-Staaten⁵, Afrika und Aserbaidschan zu.

Gleichzeitig stehen Israels Kosten wirtschaftliche Gewinne gegenüber, die gern übersehen werden: Ein *Adva*-Bericht aus dem Jahr 2012 nennt in diesem Zusammenhang den geschlossenen (palästinensischen) Verbrauchermarkt, billige Arbeitskräfte und ein Testgelände für die extrem lukrative israelische Rüstungsindustrie.

Mit der Fortführung seiner Politik in den Territorien pokert Netanyahu hoch und hofft, die Vorteile mögen letztlich die Kosten überwiegen. Der Ministerpräsident setzt überdies darauf, dass weder Europa noch die USA tatsächlich signifikante Wirtschaftssanktionen gegen Israel verhängen werden. Falls es doch dazu kommt, sollen Geschäfte mit anderen Regionen die entstehenden Verluste wettmachen. Er verlässt sich – bewusst oder unbewusst – darauf, dass die wirtschaftlichen Vorteile

5. Die BRIC-Staaten sind Brasilien, Russland, Indien und China.

der Besetzung letztlich größer sein werden als der Preis, den das Land dafür zahlt. Das alles weist darauf hin, dass Netanyahu glaubt, das ökonomische Schicksal Israels unabhängig vom israelisch-palästinensischen Konflikt betrachten zu können. Hätte er Recht, wäre das ein weiteres politisches Vermächtnis seiner Amtszeit.

Schlussfolgerungen

Netanyahus ökonomisches Erbe umfasst die Etablierung des ungebändigten Kapitalismus der freien Marktwirtschaft in Israel, mit einigen makroökonomischen Errungenschaften, für welche die Menschen im Land allerdings einen hohen Preis zahlen. Israel weist heute – auch im Vergleich zu den meisten westlichen Demokratien – deutlich mehr Ungleichheit auf als in der Vergangenheit. An anachronistischen protektionistischen Mechanismen wird festgehalten, jedoch wird ein Wirtschaftswachstum ohne Begleitung durch soziale Änderungen nicht nachhaltig generierbar sein. Netanyahus Politik basiert auf zwei Prämissen: erstens, dass die Bevölkerung keine weiteren größeren Proteste startet, und zweitens, dass sich die Wirtschaft vom israelisch-palästinensischen Konflikt und seinen außenpolitischen Konsequenzen abkoppeln lässt. Ob dies so eintreten wird, ist nicht sicher, aber völlig unmöglich scheint es nicht.

4. Die Zivilgesellschaft: Spaltung und Kontrolle

Netanyahus Politik der Spaltung war von Anfang an ein Schlüsselement seiner Karriere in der nationalen Politik. Sie verschärfte sich in seiner aktuellen Amtszeit durch die konsequente Zentralisierung der Macht, die neue Kontrollmechanismen hervorbringt.

Spaltungen

Vor zwanzig Jahren war Netanyahu ein Symbol der Polarisierung von Linken und Rechten im Land. Er »stand auf dem Balkon«, als die Rechten gegen den später ermordeten Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin demonstrierten. Politisch abgestraft dafür, dass er in den Augen vieler ein Komplize bei der Aufstachelung des Hasses war, wurde er nicht. Im Gegenteil: Er gewann die anschließende Wahl.

Für den politischen Aufstieg Netanyahus war die extreme soziale Spaltung – trotz nie gekannter Folgen – keine Bürde, sondern immer ein Sprungbrett. Seine Welt ist offenbar grundsätzlich ein Ort polarisierter Überlebenskämpfe, und das, was er als Realität wahrnimmt, fließt in sein politisches Programm ein.

Seit zwanzig Jahren profitiert Netanyahu von den Rissen, die durch die israelische Gesellschaft gehen. Er vertieft und erweitert bestehende Spannungen mit großem politischem Geschick. Bereits in den 1990er-Jahren zeichnete er das Bild einer Linken, die sich insgesamt gegen die Jüdinnen und Juden stellte. Seine ganze Karriere lang bot er – wie auch seine Unterstützer_innen – den Medien Paroli. Und seit 2009 positioniert sich die israelische Gesellschaft konsequent mit aggressiver Rhetorik und Gesetzgebung – sowohl in Entwürfen als auch in verabschiedeten Gesetzen – gegen die arabische Minderheit im Land.

Wie bereits an anderer Stelle vermerkt: Dieser Trend ist nicht allein Netanyahu zuzuschreiben. Er ist nicht der Urheber der jüdisch-arabischen Konfrontation, die es seit Beginn der zionistischen Bewegung gibt. Auch richtete er sein Hauptaugenmerk in den 1990er-Jahren noch nicht auf die Araber_innen. Doch ab Mitte der 2000er-Jahre verschärfte sich die politische Konkurrenz mit seinem Protegé Avigdor Lieberman in dem Maße, in dem dessen Partei *Yisrael Beiteinu* stärker wurde. Im Wahlkampf 2009 stellte Lieberman die Araber_innen ins Zentrum seiner politischen Botschaft und errang – mit 15 Parlamentsmandaten – seinen bis dahin größten Wahlsieg, unter anderem auf Kosten der Wählerbasis des Likud. In jener Zeit begannen auch Likud-Vertreter_innen, politisch gegen die Araber_innen zu schießen.

Tatsächlich hat sich die Lage der größten Minderheit in Israel im Laufe der Jahre verbessert. Der Anteil arabischer Studierender an Hochschulen und Universitäten steigt kontinuierlich in allen Graduierten- und Postgraduiertenprogrammen, wobei über die Hälfte der eingeschriebenen Araber_innen weiblich ist (Skop 2015). Auch diese Trends zeigten sich bereits vor Netanyahus Amtsantritt 2009 und setzten sich danach fort. Während seiner Amtszeit stieg insbesondere der Anteil arabischer Angestellter im öffentlichen Sektor, es gab Investitionen im Transportwesen und im Wohnungsbau und die Regierung startete Antirassismuskampagnen in der Arbeitswelt – gegen Rassismus bei Jobvergabe

und Einstellungen sowie in Bezug auf Rassismus gegen Araber_innen im öffentlichen Leben (Gerlitz und Kallus 2012).

Durch verschiedene Maßnahmen erzielten die Netanyahu-Regierungen signifikante Verbesserungen für die arabische Gemeinschaft im Land. Ende 2015 verabschiedete das Kabinett mit dem Beschluss Nr. 922 einen umfassenden Investitionsplan für den Wohnungs- und Bausektor, Infrastrukturprojekte, Bildung sowie die industrielle und wirtschaftliche Entwicklung. Insgesamt sollen dafür über 14 Mrd. NIS über einen Zeitraum von mehreren Jahren zur Verfügung gestellt werden.⁶ Im Juli 2016 legte die Regierung einen detaillierten Bericht über die historische, strukturelle und ökonomische Ungleichheit als Hindernis gegen eine umfassende Partizipation der arabischen Bevölkerung an der Wirtschaft vor. Vor dem Hintergrund, dass Netanyahus Ziel Wirtschaftswachstum ist, sind derartige Programme durchaus sinnvoll. Die schwache Präsenz von Araber_innen und ultra-orthodoxen Juden in der erwerbstätigen Bevölkerung Israels erweist sich schon lange als Belastung für die israelische Wirtschaft. Gleichzeitig müssen die pragmatischen Maßnahmen, auch im Licht der nationalistischen Parolen gesehen werden, die sie begleiten. Sie drohen, den Ertrag, den sie bringen sollen, zu überschatten oder letztlich zu unterminieren.

Die Knesset der Legislaturperiode 2009 bis 2013 verabschiedete Gesetze, mit denen die Erinnerung an die Nakba⁷ verhindert sowie Boykottaufrufe gegen Israel – insbesondere im Zusammenhang mit politischen Protesten im Land – unterdrückt werden sollen und die es kleinen Gemeinden erlauben, Bewerber_innen auf Grund ihres »Charakters« durch Aufnahmeausschüsse abzulehnen, was weitgehend als eine Legalisierung der Diskriminierung von Araber_innen – und möglicherweise auch als Verhinderung des Zuzugs ultra-orthodoxer Juden – verstanden wird.

6. Über die tatsächlichen Zahlen herrscht Uneinigkeit. Die genannte Summe entspricht einer konservativen Schätzung des Jahreshaushalts plus zusätzlicher Mittel, die durch die neuen Kabinettsbeschlüsse generiert werden sollen.

7. Der Begriff »Nakba« verweist auf die Vernichtung des palästinensischen Lebens in der Region in der Zeit des israelischen Unabhängigkeitskrieges. Die Erinnerung an die Nakba hat große symbolische und historische Bedeutung für die Palästinenser_innen. Manche palästinensische/arabische Bürger_innen Israels begehnen den israelischen Unabhängigkeitstag als Tag der Trauer. Das neue Gesetz sieht vor, dass Institutionen, die am Unabhängigkeitstag die Nakba begehen, ihre öffentliche Förderung verlieren können.

Seit 2009 diskutierten Netanyahu-Regierungen mehrfach eine Änderung des israelischen Grundgesetzes, das quasi Verfassungsrang hat, um eine Neudefinition Israels als Nationalstaat des jüdischen Volkes zu ermöglichen. Zwar garantiert der in diesem Zusammenhang vorgeschlagene Wortlaut individuelle Rechte, doch das Gesetz formuliert damit gleichzeitig das jüdische Vorrecht und verweist die kollektive Willensbekundung des arabischen Bevölkerungsteils in die zweite Reihe (ACRI 2011).

In seiner ersten von einem Likud-Mitglied vorgelegten Fassung fand der Entwurf unter anderem die Unterstützung von Mitglieder_innen der Lieberman-Partei. Er richtet sich unmittelbar gegen die arabischen Bürger_innen des Landes und ist als Signal für die Palästinenser_innen gedacht, Israel als Nationalstaat des jüdischen Volkes anzuerkennen. Noch steht die Abstimmung über den neuen konstitutionellen Passus aus, doch die immer wieder aufkommende Debatte trägt dazu bei, dass das Thema zwischenzeitlich nicht aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwindet.

Netanyahu stützt Personen mit Macht aus, die für ihren ethnischen Konfrontationskurs bekannt sind. Miri Regev, Mitglied des Likud und aktuell Ministerin für Kultur und Sport, erwarb sich – kaum im Amt – einen politischen Ruf durch ihre Beleidigungen nicht-jüdischer Gruppen, darunter Asylbewerber_innen und Araber_innen. Lieberman hält bereits seit zehn Jahren Brandreden gegen arabische Israelis. Immer wieder beschuldigt er sie mangelnder Loyalität und des Terrorismus, droht ihnen mit dem Entzug ihrer Staatsbürgerschaft und ruft zum Boykott ihrer Geschäfte auf.⁸ Seine Partei startete überdies eine Initiative zur Erhöhung der Wahlhürde, welche die kleinen arabischen Parteien 2015 den Knesset-Einzug gekostet hätte, wenn diese nicht ein Wahlbündnis geschlossen hätten, was ihnen letztlich sogar mehr Wählerstimmen einbrachte.

Wenn es ihm nützt, macht Netanyahu mit Liebermann gemeinsame Sache, sei es in einem Parteienzusammen-

8. Die Drohung mit dem Entzug der Staatsbürgerschaft bezieht sich auf Liebermans Plan einer Zweistaatenlösung auf Grundlage eines Gebietsaustauschs, von dem mehrere hunderttausend Araber_innen betroffen wären. Vorgeschlagen wird eine Verschiebung der Grenzen, was etwa 350.000 Araber_innen zu Bürger_innen des Palästinastaates anstelle von Israel machen würde, ohne dass sie selbst entscheiden könnten. Häufig missverstanden als eine gerechte Zweistaatenlösung bedeutet eine Umwidmung der Staatsangehörigkeit letztlich nichts anderes als die kollektive Zwangsumsiedlung (Depatriierung) von Staatsbürger_innen, die sich nichts zuschulden kommen ließen.

schluss bei den Wahlen 2013 oder in der Übertragung ausgewählter Ministerien, wie dem Außen- oder Verteidigungsministerium, durch die Netanyahu Liebermans explizit anti-arabische Agenda legitimiert. Gleichzeitig startete er seine eigene Offensive gegen die arabischen Bürger_innen des Landes: Am Wahltag 2015 stellte er öffentlich die demokratische Beteiligung der arabischen Wähler_innen infrage. In der Zeit der Gewalt durch palästinensische Einzeltäter Ende 2015/Anfang 2016 beschuldigte er die arabischen Israelis der Aufhetzung und des Extremismus.⁹ Netanyahus seltsame Aussage, der Großmufti Jerusalems – Haj Amin el-Husseini (eine ehrwürdige, wenn auch nicht unumstrittene Person) – habe Hitler erst auf die Idee der Endlösung gebracht, signalisierte den israelischen Araber_innen ebenso wie den Palästinenser_innen, dass er sie für den Holocaust verantwortlich mache.

Dieses Klima charakterisiert jedoch nicht nur die Regierung. Es findet Widerhall auch auf den unteren Verwaltungsebenen und beherrscht alle Schichten der Gesellschaft: Unter Netanyahu erklärte der Bürgermeister von Nazareth-Ilit, seine Stadt sollte rein jüdisch sein. Araber_innen verloren ihre Jobs, weil sie den letzten Gazakrieg auf Facebook kritisierten. Während der jüngsten Welle palästinensischer Gewalt kam es zu Fällen körperlicher Übergriffe und Beleidigungen gegenüber Araber_innen. Aus Angst oder weil sie sich unwohl fühlen, meiden manche von ihnen daher mittlerweile das Landeszentrum, selbst wenn sie dort arbeiten, und halten sich in ihrer Freizeit lieber in arabischen Städten auf, anstatt gemeinsame regionale Angebote zu nutzen.¹⁰

Nach einem Angriff eines israelischen Arabers auf israelische Zivilist_innen (s. Fußnote 9.) drohte Netanyahu im Januar 2016, den Investitionsplan zur Förderung der arabischen Bevölkerung nur umzusetzen, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt wären. Die Verzögerung von Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der arabischen Gesellschaft in Israel kann jedoch kaum als Abschreckung gegen weitere Angriffe betrachtet werden. Vielmehr demonstriert die Ankündigung selbst die Bereitschaft, praktische Fortschritte im Interesse populistischer State-ments zu opfern.

9. Es gibt kaum Anschläge arabischer Israelis in Israel und eines der tödlichen Attentate in jener Zeit wurde von einem Mann verübt, der als psychisch krank registriert war.

10. Gespräche der Autorin mit verschiedenen arabischen Kolleg_innen.

Umfragen belegen dennoch, dass die arabische Bevölkerung Israels nach wie vor stärker an Integration als an Separation interessiert sei. Der Index für arabisch-jüdische Beziehungen 2015 verweist nicht nur auf eine große Zahl von Araber_innen, die israelischen Einrichtungen nicht trauen bzw. dort Rassismus erfahren, sondern auch auf viele, die am israelischen Leben teilhaben und sich integrieren wollen (Radai et al. 2015). Ihre Wahlbeteiligung stieg 2015 auf über 60 Prozent, nachdem sie etwa zehn Jahre lang bei circa 50 Prozent gelegen hatte. Umgekehrt verzeichnen Untersuchungen bedrohliche nationalistische Trends in der jüdischen Bevölkerung. Eine große Studie des *Pew Research Center* aus dem Jahr 2016 ergab, dass die Hälfte der Israelis die Umsiedlung oder Ausweisung der Araber_innen befürwortet (Lipka 2016). Diese Trends sind in der Regel bei den jüngeren Israelis stärker ausgeprägt als bei den älteren, was nichts Gutes für die Zukunft verspricht.

Auf die bedeutende Verbesserung der materiellen Lage der arabischen Bevölkerung Israels wurde bereits hingewiesen. Dies ist ein wichtiger Schritt nach vorn. Dennoch provozieren der zunehmende Hass und der »legitime« offene und wütende Nationalismus ein verbittertes soziales Umfeld, das die mögliche positive Entwicklung torpedieren könnte. Zunehmende Polarisierung der Gesellschaft und Aggressionen sind damit ein weiteres Vermächtnis der Regierung Netanyahu.

Herrschaft über den inneren Feind: Die Medien und die Linke

Die vorliegende Analyse zeigt, dass Netanyahus Politik tiefgehende Kontroversen und Kritik schürt. Diese manifestieren sich vor allem mit Blick auf die demokratische Kontrolle des Regierungshandelns (*checks and balances*) sowie im Umgang mit der Zivilgesellschaft.

Nach den Wahlen 2015 hatte Netanyahu zeitweise weitere fünf Ministerämter inne. Er erlangte damit eine beispiellose Machtposition, die einige seiner umstrittenen politischen Initiativen erst möglich machten, etwa das bereits angesprochene Gas-Abkommen. Die Ämterhäufung ist ein deutliches Beispiel, wie sehr Netanyahu – vor allem seit seiner Rückkehr ins Amt des Ministerpräsidenten 2009 – seine Stellung konsolidiert hat, aus der er insbesondere zwei Sektoren angreift: die Medien und die NGOs.

Die Medien

Netanyahus Entrüstung gegenüber der Presse und sein permanentes Gefühl, von ihr verleumdet zu werden, reicht zurück bis in die 1990er-Jahre. Bei einer Wahlveranstaltung 1999 rief er seine Zuhörer_innen dazu auf, mit ihm zu skandieren, die Medien würden ihn kritisieren, weil sie »feige« wären.

Netanyahu gibt tatsächlich immer wieder Anlass zu kritischer Berichterstattung, was er wiederum als Bestätigung seines Mantras interpretiert, die Medien seien eine Festung der linken Elite und wollten nichts anderes als seinen Sturz. Seit Beginn seiner Amtszeit 2009 ist seine Medienanimosität zunehmend drastischer und persönlicher geworden. Während des Wahlkampfs 2015 weigerte er sich, einem Reporter von *Channel 10 Interviews* zu geben, um damit sowohl den Journalisten als auch dessen Sender für das zu bestrafen, was er als unfaire negative Berichterstattung empfand. In der gleichen Kampagne bezeichnete er *Ynet*, die Webseite seines jahrelangen Erzfeindes unter den Printmedien, *Yediot Ahronot*, als »Lie-net« (Lügennetz).

Seine Aversion gegenüber den Medien ist nicht nur Effekthascherei. 2007 gründete sich die vom amerikanischen Casinomagnaten Sheldon Adelson finanzierte *Israel Today* als kostenloses Medium zur Verteidigung Netanyahus gegen die als links und/oder Netanyahu-feindlich wahrgenommenen redaktionellen Linien der bestehenden Zeitungen in Israel. Heute ist sie das Blatt mit der höchsten täglichen Auflage.

2013 löste die Regierung die öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehanstalt auf. Die alte Institution wurde für bankrott erklärt und sollte in einen neuen öffentlichen Sender überführt werden. Im Juli 2016 kündigte die Regierung an, die Betriebsaufnahme des neuen (modernisierten) Unternehmens würde sich um ein Jahr verzögern, was in den Augen vieler Beobachter_innen einer Beerdigung erster Klasse gleichkommt. Aus Regierungskreisen sickerte die Information durch, Likud-Ministerin Miri Regev habe heftigst gegen die Idee staatlich subventionierter kritischer, unabhängiger Medien argumentiert. Der Eindruck, Netanyahu wolle die Kritik im Land kontrollieren, wurde damit ein weiteres Mal bestätigt.

Kritiker_innen weisen ebenfalls darauf hin, dass Netanyahu bestehenden Privatsendern das Leben schwer

macht, indem er kritische Webseiten mit regulatorischen Hürden konfrontiert, die den Radius ihrer Medienarbeit zunehmend einschränken (Caspit 2016). Wie viele Politiker_innen heutiger Zeit kommuniziert auch Netanyahu über die sozialen Medien direkt mit seinen Wähler_innen, das heißt ungefiltert und ohne redaktionelle Kontrolle. Im August 2016 startete er eine ungewöhnliche Serie privater, meist vertraulicher Journalistengespräche (vgl. Benziman 2016). Offizielle Print- oder Fernsehinterviews vermeidet er dagegen; seine bevorzugten Kommunikationswege bleiben direkte Mitteilungen.

Netanyahu selbst sieht seinen Ansatz als längst überfällige Korrektur eines erdrückend links-orientierten Medienumfelds – eine Wahrnehmung, die viele Israelis teilen. Tatsächlich gibt es in Israel nach wie vor offene und kritische Medien. Doch die durch den Ministerpräsidenten ausgeübte Kontrolle setzt sich auf allen Ebenen fort: Im August 2016 verbot der damalige Generaldirektor im israelischen Außenministerium und loyaler Netanyahu-Mann, Dore Gold, sämtlichen Diplomaten_innen mit Journalist_innen zu reden. Ein derartiges Vorgehen könnte dazu beitragen, dass sich die Überzeugung durchsetzt, unabhängige Kommunikation sei ein Privileg, das die Regierung gewährt oder zurückzieht.

Kontrolle über die Linke

Während der Druck auf die Medien nur in Teilen eine Stellungnahme gegen die Linke darstellt, erfolgt der Angriff auf dezidiert linke Organisationen der Zivilgesellschaft bereits offen. Auch dieser begann wiederum nicht mit Netanyahu, sondern mit einer rechten NGO, die 2010 eine Menschen- und Bürgerrechtsgruppe attackierte, um sie für ihre Kooperation bei einer internationalen Untersuchung des Gazakrieges von 2009 zu strafen. Viele Israelis schlossen sich dieser Offensive an; Politiker_innen sahen sie als populistische Chance. 2013 legte ein Mitglied der ultra-rechten Partei »Jüdisches Heim« (*haBajit haJehudi*) einen Gesetzesvorschlag vor, der Aktivitäten linksgerichteter NGOs beschneiden sollte. 2014 präsentierten Likud-Mitglieder_innen ähnliche Entwürfe in ähnlicher Intention. 2015 unterstützten Vertreter_innen beider Parteien eine entsprechende Vorlage. Mitte 2016 wurde das umstrittene NGO-Gesetz verabschiedet, nach dem Nichtregierungsorganisationen, die einen gewissen Anteil ihrer Finanzierung von »Ins-

titutionen ausländischer Staaten« erhalten, die Quellen ihrer Finanzierung offenlegen müssen.

Vorgeblich eingebracht, um Transparenz zu fördern, liefert diese Novellierung keine anderen Informationen als die ohnehin schon durch bestehende Gesetze verfügbaren (vgl. NIF 2016). Die Unterstützer_innen des legislativen Vorstoßes gaben sich wenig Mühe zu verbergen, dass ihr Vorschlag klar auf linke Gruppen abzielt. Vielmehr waren sie stolz auf ihre Initiative, die deutlich machte, dass die israelische Gesellschaft weitgehend akzeptiert, dass politische Gruppen für ihr Handeln ins Visier genommen werden können.

Trotz dieser beunruhigenden Entwicklung erweisen sich die tatsächlichen Veränderungen in erster Linie als bürokratisch und technisch. Sie reflektieren eher eine Tendenz, als dass sie empirisch gesehen eine Unterdrückung der Zivilgesellschaft darstellen. Ihre Wirkung potenziert sich zwar, doch sind sie reversibel. Gleichwohl wird es nicht einfach sein, eine Umkehr des ihnen zugrunde liegenden Denkens und ihrer Perspektive zu erreichen. Auch wenn es nicht Netanyahu selbst war, der diese Gesetze auf den Weg gebracht hat, ist sein Tenor hier zu vernehmen.

Schlussfolgerungen

Die israelische Gesellschaft hat sich unter Netanyahus Führung verändert. Da jedoch auch andere politische und demografische Einflussfaktoren wirken, ist der wissenschaftliche Nachweis von Ursache und Wirkung schwierig. Die öffentliche Meinung ist heute jedenfalls erkennbar nationalistischer, xenophober und ethnozentrischer als früher und hängt diesen Einstellungen kompromissloser und offener an. Unabhängig davon, welche konkrete Rolle Netanyahu bei der Förderung dieser Dynamik spielt, ist festzuhalten, dass er sie verstärkt und verschärft hat. Er setzt sie als integrale Elemente seiner politischen Karriere ein und hat einen klaren Führungsstil perfektioniert, mit dem er seine zentrale Führungsposition ausbaut und sie mit persönlicher Kontrolle über immer mehr Sektoren der Gesellschaft verbindet.

Gleichzeitig ist anzuerkennen, dass die israelische Gesellschaft in der Vergangenheit weitaus weniger politische Vielfalt aufwies, dass ein stärkeres Ethos sozialer Konformität herrschte und die Kriegs- bzw. Belagerungs-

mentalität weiter verbreitet war. Die israelische Gesellschaft, die Netanyahu heute so gern in ihre Schranken verweist, repräsentiert eine lebendige Gemeinschaft von Aktivist_innen mit einem beeindruckenden Organisationsgrad und eigenen Kommunikationskanälen, die sich für die demokratischen Werte einsetzen. Diese Kanäle lassen sich von Netanyahu nicht einschüchtern. Im Gegenteil: Sie könnten sich gerade durch ihn provoziert sehen, noch mehr zu tun und noch breitere Unterstützung gegen seine Politik zu mobilisieren. Es wäre klug, die Nachhaltigkeit und Unabhängigkeit dieser anderen Teile der Zivilgesellschaft zu garantieren – von nicht gebundenen Regierungsstellen bis hin zu den freien Medien und aktiven NGOs. Diese Elemente tragen zum Erhalt der Demokratie bei und könnten schließlich die Gesellschaft bewegen, politische Führer_innen und Maßnahmen abzulehnen, die eine Gefahr für die demokratischen Werte darstellen.

5. Zusammenfassung

Netanyahus Vermächtnis ist die Spaltung und zunehmende Kontrolle verschiedener Teile der israelischen Gesellschaft. Warum aber ist dies seine Methode? Vielleicht möchte er die massive Kritik der Zivilgesellschaft an den wirtschaftlichen Problemen, mit denen so viele im Land zu kämpfen haben, zurückweisen und unterdrücken. Vielleicht geht es ihm auch darum, der Wut der Linken über die fünfzigjährige Besatzung, unter der die Palästinenser_innen leiden, etwas entgegenzusetzen. Vielleicht ist es auch so, dass das politische System Israels, wie er selbst richtigerweise betont, seit Langem belastet und matt gesetzt ist und dass weniger Kritik effizienteres Politikmachen bedeutet.

Was auch immer seine Gründe sein mögen: Die Konsequenzen zeichnen sich deutlich ab. Netanyahu behandelt politische Kritik – selbst oder vermittelt durch seine politischen Bündnispartner_innen – zunehmend als Angriff auf den Staat. Dazu kommt, wie Umfragen regelmäßig belegen, dass viele Israelis so intensiv damit beschäftigt sind, über die Runden zu kommen, dass Fragen, die mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt zu tun haben, weniger wichtig geworden sind. Vor allem aber ist die israelische Gesellschaft mittlerweile derart polarisiert und fragmentiert, dass es seit mehreren Wahlzyklen keiner politischen Kraft mehr gelingen konnte, in sozialen Bewegungen oder bei Wahlen eine ernstzunehmende

Gefahr für Netanyahu darzustellen. Dies würde erklären, warum er seine Politik immer wieder durchsetzen kann, ohne dass es nennenswerten Protest dagegen gäbe. Es garantiert ihm jedenfalls immer wieder Wahlerfolge.

Empfehlungen

Wenn Israel Netanyahus Politik fortschreibt, wird es in Zukunft nicht mehr dasselbe Land sein. Eine Richtungsänderung dagegen würde die Stärkung liberaler und demokratischer Prinzipien bedeuten. Möglich ist sie nur, wenn einige der problematischen Trends, die mit Netanyahus Führung begonnen haben oder einhergehen, gestoppt werden und es zu einer Umkehr kommt. Die folgenden Überlegungen und Anregungen könnten dabei hilfreich sein:

- Das Konfliktmanagement höhlt die Aussichten auf eine Zweistaatenlösung aus und fördert die Gewalt. Trotz großer Hindernisse und ohne, dass ein spezifisches Modell vorgeschrieben würde, sollte Israel das reine Verwalten des israelisch-palästinensischen Konflikts beenden und nach einer diplomatischen Lösung streben.
- Außenpolitisch werden die aktuellen Tendenzen häufig als problematisch wahrgenommen. Dennoch

wird wenig Druck auf Israel ausgeübt. Jenseits kritischer Rhetorik sind die Allianzen mit dem Westen stabil und bieten daher wenig Anreiz für einen Politikwandel.

- Der Trend zur Kultivierung unkonventioneller Partner eröffnet vielleicht neue Märkte, doch undemokratische Bündnispartner – wie Russland – oder auf Waffenverkäufen basierende Beziehungen zu Aserbaidschan könnten sich als Eigentor erweisen, wenn sie entweder undemokratische Werte im eigenen Land fördern oder im Ausland zur Eskalation und weiterer Verärgerung über Israel führen.
- Eine Wirtschaftspolitik, welche die finanzielle Belastung durch den israelisch-palästinensischen Konflikt außen vor lässt, die gestörten internationalen Beziehungen nicht berücksichtigt und die ökonomische Ungleichheit im Land nicht bekämpft, ist nicht nachhaltig. Die Politik sollte diese sozialen und politischen Fragen auch vor dem ökonomischen Hintergrund sehen. Die Gesellschaft im Land denkt zunehmend nationalistisch; die Macht wird immer weiter zentralisiert. Die Regierung sollte aufhören, Gesetze zu verabschieden, die eine Bedrohung der demokratischen Grundsätze darstellen, bzw. Gesetze zurücknehmen, die sich gegen bestimmte ethnische und politische Gruppen richten.



- ACRI** (2011): Draft Basic Law. Israel – the Nation-State of the Jewish People, in: *ACRI Translation* (3.8.2011); <http://www.acri.org.il/en/wp-content/uploads/2011/10/Jewish-state-bill-ENG.pdf> (aufgerufen am 30.8.2016).
- Bahar, Dany** (2016): Delivering on economic prosperity in Israel. How monopolies are hampering the start up nation, in: *Brookings Institute* (4.5.2016); <https://www.brookings.edu/blog/markaz/2016/05/04/delivering-on-economic-prosperity-in-israel-how-monopolies-are-hampering-the-start-up-nation/> (aufgerufen am 30.8.2016).
- Bassok, Moti** (2012): Study. Income Inequality Growing Faster in Israel Than in Other Developed Nations, in: *Haaretz* (28.3.2012); <http://www.haaretz.com/israel-news/business/study-income-inequality-growing-faster-in-israel-than-in-other-developed-nations-1.421277> (aufgerufen am 30.8.2016).
- Bank of Israel**, <http://www.boi.org.il/he/DataAndStatistics/Pages/IndicatorsDynamic.aspx?Level=1&IndicatorId=7&sid=2> (aufgerufen am 30.8.2016).
- BBC** (2014): BBC World Service Poll, in: *Downloads BBC* (3.6.2014); <http://downloads.bbc.co.uk/mediacentre/country-rating-poll.pdf> (aufgerufen am 30.8.2016).
- Benziman, U.** (2016): Is This Bibi?, in: *The Seventh Eye* (25.8.2016); <http://www.the7eye.org.il/216278> (aufgerufen am 30.8.2016).
- Calcalist** (2016): Budget Project, in: *New Media* (2016); <http://newmedia.calcalist.co.il/budget/giraon.html> (aufgerufen am 30.8.2016).
- Caspit, Ben** (2016): Will Bibi bring down Israel's public broadcasting?, in: *Al Monitor* (1.4.2016); <http://www.al-monitor.com/pulse/ru/contents/articles/originals/2016/08/netanyahu-undermines-israeli-free-press-public-broadcasting.html> (aufgerufen am 30.8.2016).
- Center for Citizen's Empowerment** (2015): Tracking Report. Implementation of Trajtenberg Report, in: *Center for Citizen's Empowerment* (6.2015); <http://www.ceci.org.il/sites/citizens/UserContent/files/Trajtenberg%20June16.pdf> (aufgerufen am 30.8.2016).
- Chernichovsky, Dov / Weiss, Avi** (2015): State of the Nation Report. Society, Economy and Policy in Israel 2015, in: *Taub Center for Social Policy Studies in Israel* (12.2015); http://taubcenter.org.il/wp-content/files_mf/snr2015fullreport.pdf (aufgerufen am 30.8.2016).
- Eldar, Akiva** (2015): Is Netanyahu responsible for Iran deal?, in: *Al Monitor* (6.4.2015); <http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2015/04/israel-netanyahu-iran-nuclear-agreement-superpowers-us-obama.html> (aufgerufen am 30.8.2016).
- EEASS** (2015): Interpretative Notice on indication of origin of goods from the territories occupied by Israel since June 1967, in: *European Commission* (11.11.2016); https://eeas.europa.eu/delegations/israel/documents/news/20151111_interpretative_notice_indication_of_origin_of_goods_en.pdf (aufgerufen am 30.8.2016).
- Gerlitz, Ron / Kallus, Batja** (2012): A Dangerous Position, in: *+972 Magazine* (19.10.2012); <http://972mag.com/a-dangerous-position/58002/> (aufgerufen am 30.8.2016).
- InterAgency Task Force on Israeli-Arab Issues** (2016): Historic Economic Development Plan for Arab Sector. Overview and Key Allocation Areas January 2016, in: *InterAgency Task Force on Israeli-Arab Issues* (1. 2015); <http://iataskforce.org/sites/default/files/resource/resource-1424.pdf> (aufgerufen am 30.8.2016).
- Lipka, Michael** (2016): 7 Key Findings about Religion and Politics in Israel, in: *Pew Research Center* (8.3.2016); <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2016/03/08/key-findings-religion-politics-israel/> (aufgerufen am 30.8.2016).
- Macro** (2016): Various reports on settlement funding, in: *Macro. The Center for Political Economics* (2016); <http://www.macro.org.il/fields/?field=252> (aufgerufen am 30.8.2016).
- New Israel Fund** (2016): Backgrounder on NGO Bill, in: *New Israel Fund* (11.1.2016); <http://www.nif.org/news-media/press-releases/backgrounder-on-ngo-bill/> (aufgerufen am 30.8.2016).
- Neukirch, Ralf** (2014): Significant Escalation. Tensions Flare in German-Israeli Relations, in: *Spiegel Online International* (18.2.2014); <http://www.spiegel.de/international/germany/relations-between-germany-and-israel-at-all-time-low-for-merkel-a-954118.html> (aufgerufen am 30.8.2016).
- Radai, Itamar / Elran, Meir / Makladeh, Yousef / Kornberg, Maya** (2015): The Arab Citizens in Israel. Current Trends According to Recent Opinion Polls, in: *Institute for National Security Studies* (7.2015); http://www.inss.org.il/uploadimages/systemFiles/adkan18_2ENG_version2_Radai%20et%20al.pdf (aufgerufen am 30.8.2016).
- Rosen, Armin** (2015): Why Israel and Russia's Relationship Continues to Warm, in: *Tablet Magazine* (8.6.2015); <http://www.tabletmag.com/scroll/204802/why-israel-and-russias-relationship-continues-to-warm> (aufgerufen am 30.8.2016).
- Skop, Yarden** (2015): More Arab Students in Israel Attending University in New Academic Year, in: *Haaretz* (15.10.2015); <http://www.haaretz.com/israel-news/.premium-1.680454> (aufgerufen am 30.8.2016).
- Shlomo Svirsky** (2013): Nes Gadol Haya Po. The economic policy of the second Netanyahu government, 2009–2012, in: *Adva Center* (11.2013); <http://adva.org/wp-content/uploads/2015/01/%D7%A0%D7%A1-%D7%92%D7%93%D7%95%D7%9C-%D7%9C%D7%90%D7%AA%D7%A81.pdf> (aufgerufen am 30.8.2016).
- Telhami, Shibley** (2015): American Attitudes Toward the Middle East and Israel, in: *Center for Middle East Policy at Brookings* (11.2015); <https://www.brookings.edu/wp-content/uploads/2016/07/2015-Poll-Key-Findings-Final.pdf> (aufgerufen am 30.8.2016).
- Times of Israel Staff** (2016): Israel set to welcome its newest nuclear-capable submarine, in: *Times of Israel* (12.1.2016); <http://www.timesofisrael.com/israel-set-to-welcome-its-newest-nuclear-capable-submarine/> (aufgerufen am 30.8.2016).
- Trading Economics** (2016): Israel GDP Growth Rate (last 10 years), in: *Trading Economics* (2016); <http://www.tradingeconomics.com/israel/gdp-growth> (aufgerufen am 30.8.2016).
- United Nations Human Rights Council** (2015): Report of the independent commission of inquiry established pursuant to Human Rights Council resolution.



Über die Autorin

Dr. Dahlia Scheindlin ist Lehrbeauftragte an der Universität von Tel Aviv, Expertin für Fragen der öffentlichen Meinung und Beraterin für internationale Politik und Strategie. Ihre im Auftrag zahlreicher NGOs erstellten Forschungsarbeiten und Studien thematisieren die öffentliche Meinung zum israelisch-palästinensischen Konflikt und zum Friedensprozess zusammen mit Fragen der Demokratie, Menschenrechte, gesellschaftlichen Minderheiten und Außenpolitik; zusätzlich begleitete sie als Consultant fünf nationale politische Kampagnen in Israel. Dr. Scheindlin ist Vorstandsvorsitzende und Autorin des +972 *Magazine* und *Policy Fellow* des Think-Tanks *Mitvim*, dem Israelischen Institut für Regionale Außenpolitik.

Übersetzung aus dem Englischen: Lilian-Astrid Geese

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Ralf Hexel, Leiter, Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika

Tel.: +49-30-269-35-7420 | Fax: +49-30-269-35-9233
<http://www.fes.de/nahost>

Bestellungen/Kontakt:
info.nahost@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-95861-787-2